

28 Zentralregierung: Provinzen sollen Inflationsentwicklung begrenzen

Vor dem Hintergrund steigender Preise hat die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission Anfang Mai d.J. die Provinzen aufgefordert, die Entwicklung des Preisniveaus auf lokaler Ebene streng zu überwachen. Die Lokalbehörden sollen in die Preisfestsetzung eingreifen, wenn das Wachstum der Verbraucherpreise kontinuierlich monatlich über 1 Prozentpunkt zunimmt oder wenn der monatliche Verbraucherpreisindex in drei aufeinander folgenden Monaten um 4% und mehr steigt. Weiterhin sollen die Lokalbehörden keine Genehmigung für Preissteigerungen für viele Konsumgüter gleichzeitig erteilen, um eine Panikstimmung bei den Konsumenten zu vermeiden.

Die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission hatte im März auf der NVK-Tagung in ihrem Bericht eine Inflationsentwicklung von höchstens 3% gegenüber dem Vorjahr als Ziel vorgegeben. (BBC PF, 8.5.04)

Die Verbraucherpreise waren im März d.J. um 3% gestiegen (BBC EF, 13.5.04). Für den Monat April wird eine Zunahme der Verbraucherpreise um 3,8% gemeldet. (IHT, 15.5.04)

Nach wie liegt die Zunahme der Bankkredite über den Vorgaben der Regierung. Im März lag das Wachstum bei 20,7% und im April bei 20,4% im Vergleich zu den jeweiligen Monaten des Vorjahres. Das Geldmengenwachstum betrug im März und April jeweils 19%. (IHT, 15.5.04)

Ende Mai forderte die Zentralregierung die Provinzen erneut auf, der Politik der konjunkturellen Abbremsung zu folgen. Angeblich soll Wen Jiabao die Übernahme der Politikmaßnahmen der Zentralregierung auch explizit von Shanghai eingefordert haben, insbesondere hinsichtlich des Immobiliensektors und des Stahlsektors. (AWSJ, 28.5.04)

Die Metropolregion Chongqing wird als Model für die Übernahme der Politikrichtlinien der Zentralregierung genannt. So soll hier gleich nach der bereits im Herbst begonnenen Kampagne gegen die Überhitzung im Immobiliensektor die Vergabe von Lizenzen

für neue Eisen- und Stahlfabriken eingefroren worden sein. (SCMP, 17.5.04)

Aus Sicht des bekannten Ökonomen Hu Angang, würden lokale Funktionäre kein Interesse haben, das Wachstum abzubremsen. Andererseits warnte er vor den möglichen Folgen, die dieses Verhalten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben könnte: „If the central government loses this battle with the local governments, we're looking at a crisis down the road“. (SCMP, 17.5.04) -schü-

SVR Hongkong

29 Öffentliche Konsultationen über Modifikationen des Wahlrechts

Nachdem der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses im April die Abhaltung direkter Volkswahlen in der SVR für die Jahre 2007 bzw. 2008 ausgeschlossen hatte (zu der höchst umstrittenen Entscheidung s. C.a., 2004/4, Ü 26), legte die von der Hongkonger Regierung gebildete Taskforce für konstitutionelle Entwicklung am 11. Mai Vorschläge für Modifikationen des bestehenden Wahlrechts vor. Auf der Grundlage dieser Vorschläge sollen nun bis zum 31. August öffentliche Konsultationen abgehalten werden.

In dem dritten Bericht, den die Taskforce unter *Chief Secretary* Donald Tsang seit ihrer Gründung vorgelegt hat, werden verschiedene mögliche Wege für Änderungen der Verfahren für die Wahl zum Regierungschef und zur Legislativversammlung aufgezeigt, um eine größere Repräsentativität der involvierten Gremien zu erreichen. Vorgestellt wurden folgende Vorschläge für die Wahl zum Regierungschef, die bislang durch ein 800-köpfiges, verschiedene gesellschaftliche Sektoren Hongkongs repräsentierendes Wahlkomitee erfolgt:

- Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Wahlkomitees
- Änderung in der Zusammensetzung des Wahlkomitees

- Veränderungen in der sozialen Struktur und der Größe der Wählergruppen, aus denen die Mitglieder des Wahlkomitees hervorgehen
- Reduktion der für die Nominierung von Kandidaten für das Amt des Regierungschefs nötigen Stimmen im Wahlkomitee

Für die Wahl zur 60-köpfigen Legislativversammlung, die ab 2004 zur Hälfte durch direkte Wahlen in geographischen Wahlkreisen, zur anderen Hälfte durch branchenbezogene Wahlkollegien (*functional constituencies*) erfolgen wird, wurden folgende Modifikationsvorschläge vorgelegt:

- Erhöhung der Gesamtzahl der Sitze
- Erhöhung der Zahl der aus direkten Wahlen hervorgehenden Sitze
- Erhöhung der Zahl der aus den branchenbezogenen Wahlkollegien hervorgehenden Sitze
- Modifikation der Stimmgewichtung verschiedener berufsständischer Gruppen in den branchenbezogenen Wahlkollegien
- Erleichterungen im passiven Wahlrecht als Abgeordnete der Legislativversammlung für im Ausland lebende Bewerber

Wie Regierungschef Tung Chee-hwa und Donald Tsang bei der Vorstellung des Berichts betonten, habe man das im *Basic Law* festgeschriebene „letztendliche Ziel“ direkter Volkswahlen keineswegs aus den Augen verloren – es gehe vielmehr darum, einen Pfad des Machbaren aufzuzeigen, auf dem dieses Ziel schließlich in geordneter Weise erreicht werden könne. Sie riefen die Hongkonger Bevölkerung auf, sich konstruktiv an der Diskussion über eine Änderung der Wahlverfahren zu beteiligen. Voraussetzung sei allerdings, dass sich die Vorschläge innerhalb der vom *Basic Law* und der Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses gesteckten Parameter bewegten; Änderungsvorschläge, die diesen Rahmen verließen, „would lead us nowhere“, so Donald Tsang.

Kritiker aus dem demokratischen Lager warfen der Regierung vor, dass es sich bei den Vorschlägen um reine Zahlenspiele handle, die mit einer Demokratisierung des politischen Systems, wie es von der breiten Mehrheit der Bevölkerung gewünscht werde, nichts zu tun hätten. Verteidiger der Vorschläge entgegneten, dass eine Realisierung der aufgezeigten Modifikationsmöglichkeiten durchaus geeignet sei, die Repräsentativität und damit die politische Verantwortung der gewählten Organe zu erhöhen.

Zur Fokussierung der Konsultationen veranstaltete die Regierung am 24. Mai ein Diskussionsforum zur konstitutionellen Entwicklung, zu dem über hundert hochrangige Gäste geladen waren, darunter Mitglieder des *Executive Council*, Abgeordnete der Legislativversammlung, Distrikträte, Geschäftsleute, Akademiker und Vertreter verschiedener Berufsgruppen. Während der 75-minütigen Diskussion in verschiedenen Untergruppen erharteten sich einige konkrete Vorschläge. So wurde angeregt, die Zahl der Mitglieder des Wahlkomitees von bislang 800 auf künftig 1.200 bis 1.600 zu erweitern und den Proporz von Vertretern der Mittelklasse und der gesellschaftlichen Basis (u.a. die Gruppe der Hausfrauen) im Wahlkomitee zu erhöhen. Diskutiert wurde auch eine Erhöhung der Zahl der Sitze der Legislativversammlung um je fünf direkt und indirekt gewählte auf insgesamt 70 Sitze. Vertreter des demokratischen Lagers argumentierten dagegen, dass eine Erhöhung der indirekt gewählten Sitze dem Trend einer weiteren Demokratisierung des Systems zuwiderliefe.

Die Demokratische Partei hatte sich zunächst geweigert, an den Konsultationen teilzunehmen, die sie für eine Farce hielt. Ende Mai änderte sie ihre Haltung jedoch, nachdem die Parteileitung offenbar erkannt hatten, dass sie nur dann weiter politisch agieren würde können, wenn sie sich in die unabänderliche Entscheidung Beijings gegen die Abhaltung direkter Wahlen in der SVR in absehbarer Zeit fügte. (Hong Kong Special Administrative Region government web site, 11.5.04; SCMP, 12., 18., 25.5.04; *The Standard*, 15.5.04; WSJ, 11.5.04; ST, 12., 21., 26.5.04) -hol-

30 Welle politischer Einschüchterungen

Verschiedene Befürworter direkter Volkswahlen in Hongkong haben im Laufe des Monats Mai von vielfältigen Einschüchterungsversuchen berichtet, die zum Teil auch Androhungen physischer Gewalt beinhalteten. Der politische Konflikt um eine weitere Demokratisierung des politischen Systems der SVR, der die Hongkonger Bevölkerung zusehends polarisiert, hat damit eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Großes Aufsehen in der Hongkonger wie auch in der internationalen Öffentlichkeit hat der Rücktritt dreier bekannter Talkshow-Moderatoren des unabhängigen Rundfunksenders Commercial Radio erregt. Den Anfang machte am 2. Mai Albert Cheng King-hon, der seit vielen Jahren die wegen ihres freien politischen Diskussionsstils populäre Radio-Talkshow „Teacup In a Storm“ (sic!) moderiert hatte. Cheng ließ sich für unbegrenzte Zeit von dem Sender beurlauben, nachdem er eigenen Angaben zufolge in gehäufte Zahl Morddrohungen erhalten hatte und ein von ihm genutztes Geschäftsbüro mit roter Farbe verwüstet worden war. Er erklärte, dass er diese schwierige Entscheidung gefällt habe, da wachsender physischer und psychischer Druck ihn an den Rand des Zusammenbruchs gebracht habe. Seit der jüngsten Intervention Beijings in die politischen Geschicke Hongkongs (C.a., 2004/4, Ü 26) fühle er sich „unglücklich, hilflos, wütend und enttäuscht zugleich“ und empfinde eine zunehmend „erstickende“ Atmosphäre. Im August 1998 war Cheng Opfer eines Mordversuchs gewesen; er überlebte mehrere Axthiebe, die die Angreifer ihm zufügten. In einem drei Wochen später in der *South China Morning Post* veröffentlichten Artikel erkannte Albert Cheng in den jüngsten Einschüchterungsversuchen gegen ihn und andere demokratische Vertreter den Beginn „weißen Terrors“ in Hongkong – eine kommunistische Vokabel zur Bezeichnung eines gewalttätigen Untergrundkampfes auf feindlichem, d.h., noch nicht von den eigenen Kräften eroberten Territorium.

Am 13. Mai verabschiedete sich mit Raymond Wong Yuk-man, Moderator der Talkshow „Close Encounters of a

Political Kind“ ein weiterer prominenter Mitarbeiter von Commercial Radio, der für seine scharfzüngige Kritik an der KPCh bekannt war. Ohne Ankündigung verließ er Hongkong überraschend, nachdem er eine Woche zuvor noch verkündet hatte, dass er nach dem Ausscheiden Albert Chengs intensiveren politischen Druck auf seine Person fürchte. Trotz wiederholter Morddrohungen und der Verwüstung einer von ihm geführten Nudelküche – ebenfalls mit roter Farbe – wolle er sich aber nicht einschüchtern lassen.

Als besonders gravierend wurde schließlich der Rücktritt Allen Lee Peng-feis am 19. Mai aufgenommen, der Anfang Mai an die Stelle Albert Chengs als Moderator der Talkshow „Teacup In a Storm“ getreten war. Anders als Cheng und Wong, die als Vertreter des demokratischen Lagers seit jeher eine Beijing-kritische Position eingenommen hatten, galt Allen Lee seit zwei Jahrzehnten als Beijing-naher Politiker, dessen Positionen an den konservativen Interessen der lokalen Geschäftswelt ausgerichtet waren. In seiner Position als Abgeordneter des Nationalen Volkskongresses der VR China hatte er zuletzt allerdings eine politische Kehrtwende vollzogen und sich für direkte Volkswahlen zur Legislativversammlung und zum *Chief Executive* eingesetzt. Für sein „abtrünniges“ Verhalten war er von der staatlichen chinesischen Presse verunglimpft worden. Seine Entscheidung, seine Tätigkeit als Talkshow-Moderator und zugleich auch seine Funktion als Abgeordneter niederzulegen, begründete er zunächst damit, dass er sich nicht in der Lage sehe, seine Meinung frei zu äußern; in einer „Küche, in der die Temperatur steigt“, wolle er nicht länger bleiben.

Nach einer mehrwöchigen öffentlichen Debatte über die Motive für den Rücktritt der Talkshow-Moderatoren, die auch Unterstellungen persönlichen Profilwahns enthielten, erging Ende Mai die Aufforderung an die drei Personen, die Hintergründe ihres Verhaltens vor einem Ausschuss der Legislativversammlung für Innere Sicherheit zu erläutern. Während Albert Cheng und Raymond Wong aufgrund mangelnder Vorkehrungen für ihre persönliche Sicherheit ihr Erscheinen ablehnten, fand Allen Lee sich dazu bereit. In einer längeren Anhörung am

27. Mai gab er an, dass die Entscheidung, von seinen beiden Funktionen als Abgeordneter und Talkshow-Moderator zurückzutreten, durch wiederholten Druck seitens offizieller Vertreter der chinesischen Führung, die er allerdings namentlich nicht benannte, begründet gewesen sei. Im August 2003 habe ein hochrangiger Politiker ihn wegen seiner prodemokratischen Haltung und seinem Eintreten für freie Wahlen in Hongkong gemahnt. Ähnliche Botschaften habe er während seiner Teilnahme an der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2004 in Beijing erhalten, wo ihm vermittelt worden sei, dass man in der parteistaatlichen Führungsspitze eine „entschiedene Meinung“ („strong opinion“) gegen ihn hege. Im Laufe des Mai hätten sich die Einschüchterungsversuche gehäuft, die sich schließlich nicht nur an ihn persönlich, sondern auch an seine Frau und Tochter richteten. In den jüngsten Entwicklungen sah er einen klaren Angriff auf die Meinungsfreiheit in Hongkong; noch nie in seiner beruflichen Laufbahn habe er in der Stadt ein so angespanntes politisches Klima erlebt.

Mit Frederick Fung Kin-kee trat Mitte Mai ein Abgeordneter der Hongkonger Legislativversammlung an die Öffentlichkeit. Der Vorsitzende der demokratischen Partei „Association for Democracy and People's Livelihood“ hatte die Polizei eingeschaltet, nachdem er einen anonymen Brief erhalten hatte, in dem ihm unmissverständlich Gewalt gegen seine Person angedroht wurde; unter anderem hieß es in dem Brief: „Violence must be used against you democrats, dialogue is useless.“

Beunruhigt wurde die Hongkonger Öffentlichkeit schließlich durch mehrere Zuschaltungen von Rundfunkhörern in politischen Talkshows. Sie berichteten, Verwandte auf dem chinesischen Festland hätten sie telefonisch kontaktiert, um sie aufzufordern, bei der anstehenden Wahl zur Legislativversammlung im September 2004 keinesfalls prodemokratische Kräfte zu wählen, andernfalls hätte man ihnen Repressalien angedroht. Um zu beweisen, dass sie Beijing-freundliche Kandidaten gewählt hätten, sollten sie die ausgefüllten Stimmzettel mittels eines Kamera-Handys ablichten und die Aufnahme an ihre Verwandten auf dem Festland schicken.

Zahlreiche Medienvertreter, Akademiker, Menschenrechtsaktivisten und Politiker aus dem demokratischen Lager griffen die Befürchtungen um eine Erosion fundamentaler ziviler Freiheiten in der SVR auf. Zwar könne keine Regierung private Drohanrufe verhindern, doch öffne die Führung der SVR mit ihrem nachgiebigen Verhalten gegenüber der chinesischen Führung solchen Einschüchterungsversuchen Tür und Tor. Die Hongkonger Regierung reagierte daraufhin mit mehrfachen Beteuerungen, dass diese Freiheiten in der SVR höchsten rechtlichen Schutz genießen und man den Einschüchterungsversuchen mit einer Haltung der „zero tolerance“ begegnen würde. Von chinesischer Seite ergingen hingegen keinerlei explizite Distanzierungen vom Einsatz politischer Drohungen, wie dies von verschiedenen Hongkonger Journalistenverbänden gefordert worden war.

Offenbar in einem Versuch der Beijinger Führung, in der angespannten Situation ein deeskalierendes Signal auszusenden, stattete Liu Yandong, die Leiterin der Einheitsfrontabteilung des ZK der KPCh und stellvertretende Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Chinas der SVR Ende Mai einen Besuch ab. Anlässlich der Übergabe einer buddhistischen Reliquie für eine am legendären Geburtstag Buddhas in Hongkong eröffnete Ausstellung betonte Frau Liu die warme Freundschaft der Volksrepublik mit allen gesellschaftlichen Gruppen der SVR und forderte alle Teile der Hongkonger Bevölkerung zur „friedlichen Koexistenz“ und Solidarität auf. Implizit erging jedoch eine abweichende Botschaft an die Adresse von Vertretern der demokratischen Parteien, die von der Teilnahme an den Festivitäten ausgeschlossen worden waren. Die ambivalente Haltung der Beijinger Führung spricht für erhebliche Unsicherheit im Umgang mit dem demokratischen Lager. Einerseits scheint man den demokratischen Schein der SVR vorerst weiterhin aufrechterhalten zu wollen, andererseits gilt es, einen angesichts der aufgeheizten politischen Atmosphäre durchaus denkbaren erdrutschartigen Erfolg demokratischer Kräfte bei den bevorstehenden Wahlen zur Legislativversammlung mit allen Mitteln zu verhindern. (SCMP, 4., 5., 18., 19.,

24., 26., 27.5.04; ST, 4., 15., 18., 22., 29.5.04; WSJ, 13., 19., 27.5.04; IHT, 19., 27.5.04; Hong Kong Special Administrative Region government web site, 19.5.04) -hol-

31 Hongkonger Schulbücher erwähnen Tiananmen-Zwischenfall

Fünf neue Geschichtsbücher, die im Rahmen des offiziellen Lehrplans ab September erstmals in Sekundarschulen benutzt werden, erwähnen jetzt auch die Ereignisse, die schließlich zur Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 in Beijing geführt haben. Die Länge der Darstellung reicht dabei von nur 30 Wörtern bis zu vier Seiten, auf denen auch die Vorgeschichte und die Ursachen der Protestbewegung erläutert werden. Als Grundlage dieser längeren Darstellung dienen Quellen aus China und Pressemeldungen. Während der Autor des Buches betonte, dass die Schüler durch entsprechende Informationen und jährlich wiederkehrende Demonstrationen ohnehin von dem Zwischenfall wüssten und darüber informiert werden sollten, befürchteten andere, dass sich die Lehrer dieses Themas nicht annehmen werden, da sie Konsequenzen aufgrund „unpatriotischen“ Verhaltens fürchten. Ein Sprecher des Schul- und Berufsschulministeriums hob hervor, dass die Herausgeber frei darin seien, was sie in die Textbücher aufnehmen. (BBC PF, 12.5.04) -gs-

32 Öffnung des chinesischen Ju- raexamens für Hongkonger

Bewohnern Hongkongs und Macaus wurde es durch entsprechende Richtlinien, die das chinesische Justizministerium am 27. Mai veröffentlichte, erstmals ermöglicht, vom 18. bis 19. September 2004 an den nationalen chinesischen juristischen Examen teilzunehmen. Voraussetzungen sind ein dauerhafter Wohnsitz, die chinesische Nationalität und ein Ausweis, der das Pendeln zwischen den beiden SVR und dem Festland erlaubt, außerdem die Abschlusszeugnisse von lokalen oder ausländischen Universitäten sowie entsprechende Beglaubigungen des Chinese Service Center for Schol-

arly Exchange, das dem Erziehungsministerium in Beijing zugeordnet ist. Die Examen müssen allerdings in den nahen Städten Shenzhen und Zhuhai abgehalten werden; nur wer auf dem Festland lebt, kann an den Examen am Wohnort teilnehmen.

Die Examen dienen seit 2002 zur Auswahl von Richtern und Anwälten; seitdem haben über 500.000 Personen teilgenommen, von denen ca. 40.000 bestanden. Gemäß den Vereinbarungen zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit (CEPA, Closer Economic Partnership Arrangement) zwischen China und Hongkong bzw. Macau will die Zentralregierung in Beijing den Markt für juristische Dienstleistungen künftig auch Bewohnern der beiden SVR öffnen. (XNA, 27.5.04) -gs-

33 Vertrauen in Hongkongs Zukunft geblieben

Seit 1980 erhebt die Agentur ACNielsen viermal im Jahr in Umfragen das Vertrauen der Hongkonger in die Zukunft der Stadt und ihrer Wirtschaft sowie deren Kaufintentionen für größere Anschaffungen. Der neuesten Erhebung vom April zufolge (<http://www.acnielsen.com.hk/news.asp?newsID=115>), bei der 1.012 Hongkonger befragt wurden, ist sowohl das Vertrauen in Hongkongs Zukunft als auch das in die Hongkonger Wirtschaft zwar leicht gesunken, aber immer noch sehr hoch. Der generelle Vertrauensindex sank von 84 Punkten im Januar auf 82, hat aber immer noch den zweithöchsten Stand der letzten drei Jahre, der Index für das Vertrauen in die Wirtschaft sank ebenfalls um 2 Punkte auf 95, womit er aber noch innerhalb der letzten sechs Jahre am zweithöchsten ist. Allerdings hat auch der Optimismus in die weitere Wirtschaftsentwicklung leicht abgenommen. Während noch im Januar 50% der Befragten glaubten, die Situation werde sich in den nächsten 12 Monaten verbessern, sind jetzt nur noch 44% dieser Ansicht; entsprechend meinen jetzt 49%, sie werde gleich bleiben, gegenüber 43% bei der letzten Umfrage. -gs-

SVR Macau

34 Erstes amerikanisches Kasino in Macau eröffnet

Am 18. Mai eröffnete Sheldon Adelsons Gruppe The Venetian aus Las Vegas ihr erstes Kasino in Macau. Adelson hat eine Subkonzession von Galaxy Resorts and Casino aus Hongkong, neben Stanley Hos SJM (Sociedade de Jogos de Macau, Macau Gaming Company) und Wynn Resorts (Macau) einer der drei Glücksspiellizenzinhaber nach der Liberalisierung dieser Industrie. Muttergesellschaft von The Venetian ist Las Vegas Sands, Inc. (L.V.S.I.) mit dem Vorstandsvorsitzenden Sheldon G. Adelson, dem 95% gehören (laut „Forbes 400“ Liste einer der reichsten Personen Amerikas). Das „Sands Macau“ („Golden Sands“, *jin sha*, kantonesisch *gam sa*), ein fünfstöckiger Kasino- und Unterhaltungskomplex mit 319 Spieltischen und 510 Spielautomaten (Chinesen nennen sie „hungrige Tiger“), 51 Suiten, VIP-Räumen, sechs Restaurants und einem Theater mit 750 Sitzen entstand für 240 Mio. US\$ in der Nähe des Mandarin-Hotels am Äußeren Hafen. Die Meinungen über die Architektur reichen von „groteske Ungeheuerlichkeit“ bis „beeindruckendes Wahrzeichen“. Positiv wirkt sich der neue Komplex jedenfalls auf den Arbeitsmarkt aus. 4.500 Leute werden hier Beschäftigung finden.

Zur Eröffnung reiste Sheldon Adelson nach Macau. Auch sein Rivale, der 82-jährige Kasinomogul Stanley Ho, erschien bei der Einweihungsfeier, dagegen fehlte Regierungschef Edmund Ho. Bei der Eröffnung von Stanley Hos „Kristall-Palast“ im Mai 2003 hatte er teilgenommen. Schätzungsweise 15.000 Menschen stürmten am Eröffnungstag das Kasino. Zum Glück gab es keine Verletzten. Einige Zeitungen in Macau und Hongkong hatten fälschlicherweise berichtet, dass Spieler an dem Tag Spielchips im Wert von 200 MPtc geschenkt bekämen.

Mit dem Sands Macau geht das Glücksspielmonopol, das Stanley Ho seit 1962 innehatte, auch sichtbar zu

Ende. Die Regierung hatte 2002 erstmals drei Kasino-Lizenzen vergeben: an Stanley Hos SJM (Laufzeit 18 J.), an Galaxy Resorts and Casino (Laufzeit 20 J.) und an Wynn Resorts (Macau), ein Unternehmen, an dem Wynn Resorts, Ltd. in Las Vegas unter ihrem Vorsitzenden Stephen A. Wynn 82% der Anteile hält (Laufzeit ebenfalls 20 J.).

Vorstandsvorsitzender von Galaxy Resorts and Casino ist Francis Lui Yiu-ting, der das Unternehmen für seinen greisen Vater, den Hongkonger Grundstückskönig Lui Chee-woo, leitet. Die in Hongkong registrierte K Wah Gruppe der Familie Lui ist ein Konglomerat der Geschäftszweige Baumaterialien, Grundstücke und Hotels. Galaxy und der Subkonzessionär The Venetian operieren völlig unabhängig voneinander. Francis Lui will am 18. Juni das „Galaxy Waldo“-Kasinohotel mit ca. 40 Spieltischen und 150 Zimmern eröffnen. Es entsteht für etwa 500 Mio. MPtc (60 Mio. US\$) durch den Umbau eines leeren Geschäftsgebäudes im Äußeren Hafen nicht weit vom Sands Macau entfernt.

Der dritte Kasinobetreiber Steve Wynn, der in Las Vegas ein Imperium mit den Kasinos „Golden Nugget“, „Bellagio“ und „Mirage“ aufgebaut hat, hatte immer wieder Reformen in der Glücksspielindustrie verlangt, bevor er mit dem Bau seines ersten Mega-Unterhaltungskomplexes Wynn Macau beginnen würde. Zu seinen Forderungen gehörte auch die Vergabe von Krediten. Die Legislativversammlung verabschiedete am 31. Mai ein entsprechendes Gesetz, das am 1. Juli in Kraft tritt. Danach dürfen Kasinobetreiber erstmals an Spieler Kredite in Form von Chips vergeben. Wynns Kasinohotel entsteht in der Nähe von Stanley Hos Flaggschiff, dem Hotel Lisboa, und wird u.a. über 600 Zimmer und sieben Restaurants verfügen. Die Bauarbeiten sollen Ende Juni beginnen und im September 2006 beendet sein. Die Investitionen werden mit 5,64 Mrd. MPtc (705 Mio. US\$) die geplanten 4,6 bis 4,8 Mrd. MPtc (575-600 Mio. US\$) übersteigen.

Die Steuern aus der Glücksspielindustrie stiegen nach offiziellen Statistiken in den ersten vier Monaten diesen Jahres im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum um 27,4% auf 4,2 Mrd.